



# Wir brauchen endlich eine Umverteilung von oben nach unten

**Rede von Gregor Gysi, 04. Dezember 2009**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Thiele, uns können Sie nicht gemeint haben. Wir haben schon gegen die Steuergesetze der Großen Koalition protestiert; das ist bei uns nichts Neues. Wenigstens das müssen Sie uns zubilligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Abgesehen davon sage ich zu diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, dass es eigentlich nur Wachstum für Reiche bringt, diesbezüglich beschleunigt es auch, aber von einem sozialen Ausgleich oder von einer Belebung der Wirtschaft kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben nachher noch einen Tagesordnungspunkt zur Kreditklemme, aber eines, Frau Bundeskanzlerin, will ich schon jetzt dazu sagen: Sie haben ja einen netten Krisengipfel organisiert. Ich finde es auch richtig, dass Sie Herrn Ackermann eingeladen haben. Völlig richtig finde ich, dass er diesmal nicht bestimmen durfte, wen Sie sonst noch einladen, sondern dass Sie das selbst entschieden haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei

Abgeordneten der SPD)

Aber herausgekommen ist dabei nun wirklich gar nichts, außer dass auf freiwilliger Basis etwas geschehen soll. Wie Banken sich an etwas auf freiwilliger Basis halten, haben wir in den letzten Jahren erfahren. Im Übrigen sind die Banken zum Teil wieder reich. Welche Gehälter, welche Boni die schon wieder ihren Managern zahlen. Gleichzeitig schütten sie so gut wie keine Kredite aus, aber verlangen Zinsen für Überziehungskredite und anderes. Das alles ist eine Unverschämtheit. Ich finde, dass Sie da eingreifen müssen. Wenn wir diesbezüglich Bundeseigentum hätten, könnten wir die Verantwortung ganz anders organisieren und vor allen Dingen die Kreditklemme auflösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Sachverständigen behaupten, dass es bis zu 40 000 Insolvenzen im nächsten Jahr geben kann. Das wird für diese Bundesrepublik Deutschland teuer.

Bevor ich zu Ihrem Gesetzentwurf komme, noch zu etwas anderem. Herr Brüderle ist ja leider bei der Abstimmung über einen für die Wirtschaft so wichtigen Gesetzentwurf nicht anwesend; so wichtig scheint der Gesetzentwurf dann doch nicht zu sein. So viel sage ich Ihnen: Herr Brüderle hat die Aufnahme eines Mindestlohns in das Entsendegesetz in Höhe von 8,02 Euro für die Abfall- und Entsorgungswirtschaft blockiert. Die FDP sagt immer, das gehe nicht, Mindestlöhne würden Schaden anrichten. Ich habe, ehrlich gesagt, nie verstanden, welchen Schaden, außer dass es mehr sozialen Ausgleich gibt.

Sie erklären immer, dass Sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass Sie gegen sittenwidrige Löhne sind. Das hätten Sie nicht zu vereinbaren brauchen, weil das durch die Rechtsprechung längst feststand.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt will ich Ihnen ein Beispiel nennen, um es konkret zu machen: In Sachsen gibt es einen Tariflohn für Friseurinnen, bei dem in der untersten Lohngruppe pro Stunde 3,06 Euro vorgesehen sind.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Tariflohn!)

Jetzt sagen Sie, sittenwidrig sei für Sie, wenn weniger als zwei Drittel davon gezahlt werden, das heißt weniger als 2,14 Euro. Der Durchschnittslohn einer Friseurin in Sachsen beträgt 5,16 Euro pro Stunde. Nach Ihrer Meinung wäre demnach ein Lohn unter 3,61 Euro sittenwidrig. Ich sage Ihnen: Das Einzige, was daran sittenwidrig ist, ist die FDP mit ihren Auffassungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das geht nämlich nicht.

Jetzt steht im Koalitionsvertrag - da wird mir schon ganz schlecht -, dass Sie alle bisher vereinbarten Mindestlöhne 2011 überprüfen wollen. Früher hätte ich ja gedacht: Die Union sagt dazu Nein, und so eine Überprüfung findet nicht statt. Aber da ich feststelle, dass sich die FDP in der Koalition immer gegen die Union durchsetzt, bin ich da sehr wankelmütig geworden und befürchte, dass Sie die Mindestlöhne, die schon vereinbart sind, wieder aufheben. Aber das das sage ich Ihnen wirft die Gesellschaft auseinander. Ich warne Sie vor diesem Schritt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt wollen Sie eine Gesamtsteuerentlastung in Höhe von 21 Milliarden Euro beschließen. 13 Milliarden Euro davon gehen übrigens noch auf Union und die SPD zurück; damit hat die FDP gar nichts zu tun. Der Rest kommt jetzt von Union und FDP. Es wird immer

so getan, als ob die 13 Milliarden Euro ein riesiges Investitionsprogramm wären. In Wirklichkeit ist das zum größten Teil nichts anderes als die Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

(Joachim Poß (SPD): So ist es!)

Denn das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steuerabzugsfähig sein müssen. Das haben Sie gemacht; das ist alles. Es ist keine gewaltige Leistung, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Dann haben Sie beschlossen, den Grundfreibetrag zu erhöhen; das ist nicht ausreichend, aber vernünftig.

Was macht nun Schwarz-Gelb? Sie haben beschlossen, die Steuerfreibeträge für Kinder zu erhöhen. Dazu ist hier schon einiges gesagt worden. Ich habe eine Frage an Sie: Was machen Sie mit den 40 Prozent der Haushalte, die so wenig verdienen, dass sie gar keine Steuern zu zahlen brauchen oder sie nicht zahlen können? Mit anderen Worten: Haben sie von Ihren Steuerfreibeträgen etwas? Was bekommen die von dieser Koalition?

(Dr. Daniel Volk (FDP): Haben Sie schon mal etwas von der Kindergelderhöhung gehört? Für die erhöhen wir das Kindergeld!)

Nicht einen halben Euro! Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Daniel Volk (FDP): So ein Quatsch! Die bekommen doch mehr Kindergeld!)

- Ja, ja.

Jetzt komme ich zum Kindergeld. Sie wollen beschließen, dass das Kindergeld um 20 Euro erhöht wird.

(Dr. Daniel Volk (FDP): Ja, genau! So ist es! Schön,

dass Sie das auch mal zur Kenntnis nehmen! Es wird auch höchste Zeit!

- Ich kriege das schon mit. - Was sagen Sie eigentlich den Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfängern?

(Zurufe von der FDP: Oh! Oh!)

- Ja, da stöhnen Sie, weil die Sie nerven, nicht wahr? Es gibt davon aber Millionen in unserer Gesellschaft. Die haben auch Kinder. Denen sagen Sie, dass sie nicht einen Cent mehr für ihre Kinder bekommen.

(Beifall der Abg. Dr. Barbara Höll (DIE LINKE))

Bei ihnen wird der Betrag vollständig abgezogen. Ich kann einer alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerin nicht erklären, weshalb Oskar Lafontaine und Gregor Gysi für ihre jeweils zwei minderjährigen Kinder mehr Geld bekommen, aber sie selbst, die alleinerziehende Hartz-IV-Empfängerin, keinen Cent für ihr Kind bekommt. Ich kann das nicht erklären. Sie können es gerne versuchen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Jörg van Essen (FDP): Herr Thiele hat das doch gerade schon gemacht! Da haben Sie aber wohl wieder einmal nicht zugehört!)

Sie haben die Umsatzsteuer für das Hotelgewerbe ermäßigt. Wie ich gehört habe, hat das gar nichts mit Klientelpolitik zu tun, sondern nur mit dem Ausland - na gut. Ich sage Ihnen dazu Folgendes: Das haben auch wir in unserem Wahlprogramm gefordert; das werden Sie wahrscheinlich nicht wissen.

(Carl-Ludwig Thiele (FDP): Doch! Das wissen wir! - Gegenruf des Abg. Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Herr Thiele weiß das!)

- Sie wissen das?

(Carl-Ludwig Thiele (FDP): Natürlich!)

- Umso besser. Wie Sie sehen, weiß ich es auch. -  
Unsere Forderung steht aber in einem ganz anderen  
Zusammenhang.

(Carl-Ludwig Thiele (FDP): Ja, ja! Sie und  
Zusammenhang! Von wegen!)

- Ja. Hören Sie zu. - Wir haben gesagt: Wir brauchen  
den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent  
für Hotels, aber auch für Gaststätten, für  
rezeptpflichtige Arzneien, für das personalintensive  
Handwerk und für Produkte und Dienstleistungen für  
Kinder. Warum ermäßigen Sie den  
Mehrwertsteuersatz nicht für Produkte und  
Dienstleistungen für Kinder? Das wäre ein wichtiger  
Schritt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der  
SPD)

Das Gleiche gilt für das Handwerk. Warum gilt der  
ermäßigte Mehrwertsteuersatz nicht für das  
Handwerk? Sie ermäßigen den Mehrwertsteuersatz  
nur für das Hotelgewerbe.

Jetzt schildere ich Ihnen diese Regelung einmal aus  
der Sicht des Inhabers eines kleinen Hotels. Der muss  
jetzt verschiedene Umsatzsteuern berechnen. Für  
eine Übernachtung muss er 7 Prozent, für ein  
Frühstück und für Wellness muss er 19 Prozent  
berechnen. Er muss dafür einen Buchhalter  
einstellen. Das ist alles, was dabei herauskommt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Otto Fricke  
(FDP): Das ist doch schon seit Jahrzehnten so! Warum  
regen Sie sich darüber denn jetzt auf einmal so auf?)

Sie haben wieder einmal Steuererleichterungen für  
Unternehmen beschlossen, in einer Größenordnung  
von 2,4 Milliarden Euro. Das kommt natürlich

insbesondere den größeren Unternehmen zugute. Ich kann dazu nur eines sagen: Noch nie ist hier in den letzten Jahren ein Steuergesetz verabschiedet worden, durch das nicht die Deutsche Bank etwas geschenkt bekommen hat. Kann das nicht einmal aufhören? Die Deutsche Bank stürzt uns von einer Katastrophe in die nächste, bekommt von diesem Bundestag aber nur Geschenke. Vielleicht sollten wir diesbezüglich einmal eine andere Politik machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben sich entschieden, Erbinnen und Erben zu entlasten. Das ist doch nicht zu fassen. Sie reden immer von Leistung. Was ist denn bei einer Erbschaft die Leistung? Dass jemand stirbt, mit dem ich verwandt oder nicht verwandt war, ist alles, was geschieht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was soll daran eine Leistung sein?

Abgesehen davon werden gerade die Erben, die 50 Millionen Euro oder mehr bekommen, von Ihnen steuerlich entlastet. Das ist wirklich wahnsinnig sozial, was Sie da machen. Sie begünstigen ausschließlich Reichtum.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das ist doch Unsinn, Herr Kollege!)

Es kommt noch etwas hinzu: Die Professoren Wieland und Jarass und Herr Borgdorf haben in der Sachverständigenanhörung eindeutig erklärt, dass sie diese Regelung für grundgesetzwidrig halten, und zwar deshalb, weil Sie die Erbschaft von Unternehmen im Vergleich zum Vermögen begünstigen. Dazu gibt es schon ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Im Hinblick auf die Vermögensteuer wurde entschieden, dass das so nicht geht, dass Grundstücke anders bewertet

werden als Schmuck usw.

(Dr. Daniel Volk (FDP): Ja, genau! Das ist eine Bewertungsfrage!)

Die Sachverständigen haben gesagt: Das werden die aussetzen. - Ich sage Ihnen: Das ist auch Ihr Ziel.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): So ist das!)

Sie wollen gerne, dass diese Regelung für verfassungswidrig erklärt wird. Dann wird eine Frist gesetzt, und es wird gesagt: Bis zu diesem Zeitpunkt muss das Ganze korrigiert werden. - Dann lassen Sie die Frist verstreichen,

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das wäre Ihre Politik, Herr Kollege!)

wie Sie es auch bei der Vermögensteuer getan haben, und dann gibt es keine Erbschaftsteuer mehr. Das ist das, was die FDP will, und die Union lässt sich auch noch darauf ein.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Barbara Hendricks (SPD): Genau! Bei der Erbschaftsteuerreform 1996 war das ganz ähnlich!)

Das ist die Wahrheit, mit der wir es zu tun haben.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), zur FDP gewandt: Erwischt!)

Ich sage Ihnen: In Deutschland stammen 0,9 Prozent der Gesamteinnahmen des Staates aus Einnahmen aus der Vermögen- und Erbschaftsteuer. Der OECD-Durchschnitt - hier sind Länder wie Mexiko mit dabei - liegt bei 2,3 Prozent. Wir sind diesbezüglich Schlusslicht auf dem Erdball. Sie tun aber immer so, als ob wir den Betroffenen sonst was abverlangen würden.

(Jörg van Essen (FDP): Ach, Herr Kollege! Das Geld, um das es hier geht, ist vorher doch schon



tausendmal versteuert worden! Wie oft denn noch?)

Das hat mit der Realität nichts zu tun.

Immer wieder vertreten Sie, Sie ja auch, Herr Thiele, die These bzw. die neoliberale Irrlehre, dass diese Art von Entlastung zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Investitionen führt.

(Birgit Homburger (FDP): Ja! Das ist auch so!)

Ich glaube nicht mehr, dass Sie das auch wirklich glauben; denn die Geschichte beweist das Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen der Abg. Birgit Homburger (FDP))

Ich denke, Ihnen geht es nur um die Unterstützung bestimmter Bevölkerungsschichten.

Außerdem erhöhen Sie die Schulden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Keiner weiß, wer sie bezahlen soll. Unsere Kinder? Unsere Enkelkinder? Wie? Keine Antworten!

Ich sage Ihnen: Ihre Antworten kommen, aber leider erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Wir werden nicht müde werden, den Leuten in Nordrhein-Westfalen zu erklären, dass nach dieser Wahl Ihre Antworten kommen. Es wird leider wieder so sein, dass Sie die Gleichen begünstigen und die Gleichen benachteiligen.

Es gibt Widerstand aus den unionsgeführten Bundesländern; denn die können sich ja nicht einfach in die Pleite schicken lassen. Herr Kauder sagt - ich habe das doch verstanden? -: Nein, wir kaufen die nicht direkt, sondern indirekt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe nichts dagegen, dass man diese Wege geht. Das hat Schröder genauso gemacht, das haben alle so gemacht. Ich war auch mal für Berlin dabei, da haben wir auch

etwas bekommen. Ich kenne das also. Verstehen Sie: Das ist alles nicht mein Problem. Ich sage Ihnen nur: Mit offener Politik hat das nichts zu tun.

Ich sage Ihnen voraus: Die Länder werden ihren Widerstand vergrößern; denn Sie schicken sie, gerade wenn ich an die Schuldenbremse denke, in die Pleite; das ist überhaupt nicht hinnehmbar. Spätestens nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen werden die Länder das zu spüren bekommen. Sagen Sie doch einmal offen, was Sie den Ländern schenken wollen, eiern Sie doch nicht herum, spannen Sie uns doch nicht so lange auf die Folter! Sagen Sie doch einmal, was Sie diesbezüglich organisieren werden.

Die Steuerausfälle werden in die Haushalte der Länder und Kommunen tiefe Löcher schlagen. Das alles hat Folgen: weniger Investitionen, weniger Kultur, weniger Bildung, weniger Sport, weniger sozialen Ausgleich. Das ist nicht hinnehmbar. Ihr Gesetz geht in die völlig falsche Richtung.

Was wir wirklich brauchten, ist Steuergerechtigkeit. Ich habe Ihnen vorhin aufgezeigt, in welchen Bereichen man den Mehrwertsteuersatz von 19 auf 7 Prozent senken sollte. Sie können mich zu Recht fragen: Und wie bezahlen? Das könnte ich Ihnen ja nicht vorwerfen, wenn wir nicht selbst Vorschläge machten. Wir machen also Vorschläge, und zwar weil wir wirklich Steuergerechtigkeit wollen.

Ich sage Ihnen, was ein Problem in unserer Gesellschaft ist: Den Armen können Sie nichts mehr nehmen; sonst müssten sie verhungern. An die Reichen und Vermögenden wollen Sie nicht ran, und das machen Sie auch nicht. Sie organisieren, dass die Mitte der Gesellschaft - das sind die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, das sind die Meisterinnen und Meister, das sind die Kleinunternehmerinnen und -unternehmer - das alles

bezahlt.

(Zuruf von der FDP: Die entlasten wir doch!)

- Nein, passen Sie auf! - Deshalb beschreibt die Kurve unseres Einkommensteuersatzes diesen Steuerbauch: Den bezahlen nur diejenigen, die ein durchschnittliches Einkommen haben. Gegen diesen Steuerbauch tun Sie nichts. Das wäre aber nötig. Um das tun zu können, brauchen wir einen neuen Spitzensteuersatz, eine neue Börsenumsatzsteuer, eine Erhöhung der Körperschaftsteuer und endlich eine Vermögensteuer als Millionärsteuer.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie alle - ob nun SPD und Grüne oder Union und SPD oder Union und FDP die Regierung stellen - gehen immer den gleichen Weg: Umverteilung von unten nach oben.

(Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Sie reden immer den gleichen Unsinn!)

Ich bin froh, dass es eine Fraktion im Bundestag gibt, die seit Jahren fordert und auch künftig fordern wird: Endlich eine Umkehr, und zwar eine Umverteilung von oben nach unten.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN - Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und im Übrigen muss Karthago fallen!)